

# Kundgebung gegen den Bildungsabbau

**Ausserordentliche DV in Aarau.** Viele Lehrerinnen und Lehrer sind bereit, sich dezidiert gegen den dritten Bildungsabbau in Folge zu wehren. Wenn es sein muss, auch mit einem Streik. Die Delegierten des alv gaben ihrem Verband an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung in Aarau dafür grünes Licht.

Das Wort ist gross, der Grund mehr als gerechtfertigt: Der alv plant eine Protestkundgebung gegen den erneuten Bildungsabbau. Nachdem bereits alv-Mitglieder und der alv-Verbandsrat ihre klare Zustimmung zu dieser legitimen Massnahme gegeben hatten, bestätigten dies am 14. September auch die 146 alv-Delegierten einstimmig in Aarau. Sie sind nicht mehr bereit, Lohnabbau und schmerzvolle Abstriche am Bildungsangebot für Schülerinnen und Schüler hinzunehmen. Da die DV nach Redaktionsschluss stattgefunden hat, lesen Sie den ausführlichen Bericht dazu in der nächsten SCHULBLATT-Ausgabe. Untenstehend die wichtigsten Entscheide, die gefällt wurden:

- **1. Protestkundgebung:** Diese findet am Dienstag, 8. November, statt. Beginn um 13 Uhr beim Bahnhof Aarau, via Bahnhofstrasse geht es nachher vor das Gebäude des Grossen Rats, der dann tagt. Falls dessen Sitzung ausfällt, wird die Kundgebung eine Woche später stattfinden.
- **2. Resolution gegen den Bildungsabbau:** Auch die Resolution wurde einstimmig verabschiedet. Sie ist eine gemeinsame Aktion von alv und den Verbänden der Schulleitungen (VSLAG) und Schulpflegen (VASP).
- **3. Kompetenz des Verbandsrates,** das Referendum zu ergreifen: Ebenfalls einstimmig hiessen die Delegierten diesen Vorschlag gut. Der Verbandsrat soll in Zukunft rasch reagieren können, wenn politisch schnelles Handeln gefragt ist.

Die Delegierten zeigten mit vielen Rückmeldungen und pointierten Voten ihren Unmut und sie werden sich engagiert gegen das «An die Wand Fahren» der Bildung zur Wehr setzen.

**Bitte reservieren: Protestkundgebung am 8. November, 13 Uhr, in Aarau**  
Irene Schertenleib



Ein überzeugtes «Ja!»: Die ausserordentliche Delegiertenversammlung beschloss einstimmig eine Protestkundgebung. Foto: Simon Ziffermayer.

## Wieso eine Protestkundgebung? – Fragen an die alv-Präsidentin

**Irene Schertenleib:** Die Delegierten haben einstimmig für eine Kundgebung während der Arbeitszeit votiert. Was erhofft sich der alv davon?

**Elisabeth Abbassi:** Der alv will aufzeigen, dass die Lehrpersonen, aber auch unsere Partner in Bildungsfragen, also Schulleitungen, Schulpflegen und Eltern genug vom Abbau haben und diesen nicht mehr akzeptieren. Regierung und Parlament sollen merken, dass mit den im AFP 17–20 vorgeschlagenen Abbaumassnahmen eine rote Linie überschritten wird, was von unserer Seite eine zunehmend schärfere Gangart und dezidierten Widerstand verlangt. Wenn die sehr pflicht- und verantwortungsbewussten Lehrpersonen, die viel mehr auf Konsens denn auf Konfrontation zu arbeiten gewohnt sind, beschliessen, sich während der Arbeitszeit und nicht am Feierabend zu versammeln, dann tun Regierung und Grosser Rat gut daran, dieses Zeichen ernst zu nehmen.

**Rechnen Sie mit der Akzeptanz seitens der Eltern?**

Ja, davon gehen wir aus. Wir haben schon letztes Jahr eine grosse Unterstützung durch die Eltern erlebt. Schliess-

lich muss eine gute Schule zuerst einmal ihr Interesse sein. Wenn in einem Kanton Steuersenkungen und Bau und Unterhalt von Strassen und Kreiseln höher gewichtet werden als Bildung, können besorgte Eltern nicht anders, als gemeinsam mit den Lehrpersonen diese fatale Fehlgewichtung zu bekämpfen.

**Wie ist die Stimmung an den Schulen?**

Sehr viele Lehrpersonen sind mit Recht wütend. Sie haben in den letzten Jahren schon sehr viel zur Sanierung des Staatshaushaltes beigetragen, haben unterdessen schwierigste Verhältnisse an den Schulen und bei Weitem nicht die Unterstützung, von der sie noch vor wenigen Jahren ausgingen. Sie machen das Unmögliche trotzdem immer wieder möglich, nicht selten auch auf Kosten ihrer Gesundheit. Wütend macht sie, dass statt einmal Wertschätzung für den geleisteten Effort zu zeigen, Regierung und Parlament immer noch abstrusere Abbauvorschläge machen, von denen jeder weiss, dass sie entweder eine Verlagerung der Kosten in eine andere Kasse oder auf eine spätere Legislatur bedeuten. Dieser verantwortungslosen «An-die-Wand-fahr-Politik» gilt es ein Ende zu setzen!